



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Stellungnahme

zur

Motion

Nr. 324 2010/2012

von Peter With namens der SVP-Fraktion

vom 13. April 2012

(StB 845 vom 12. September 2012)

Mehr Sicherheit zu tieferen Kosten

Die Motion verlangt, die SIP abzuschaffen und mit einem Teil des eingesparten Geldes zusätzliche Leistungen bei der Luzerner Polizei einzukaufen. Weiter soll sich der Stadtrat dafür einsetzen, dass die eingenommenen Bussen von den Kosten abgezogen werden.

Der Stadtrat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

Mit einem Bündel von präventiven, repressiven, baulichen und organisatorischen Massnahmen versucht die Stadt, der Entwicklung der verschiedenen Sicherheitsthemen gerecht zu werden. Der Handlungsspielraum wird dabei durch gesetzliche Grundlagen (z. B. Littering-Gesetz) definiert und unterstützt. Mit diesem Bündel von Massnahmen kann stetig und flexibel auf Trends und negative Entwicklungen reagiert sowie Schwerpunkte gesetzt werden. Ein wichtiges Element dieses Massnahmenpakets ist die SIP (Einsatztruppe Sicherheit, Intervention, Prävention). Neben der SIP gehören seit einigen Jahren weiter die verstärkte Reinigung bis nachts im Zentrum, die Videoüberwachung, der Masterplan öffentliche WC-Anlagen, die Zusammenarbeit mit Dritten (SBB-RailCity, KKL, Take-aways, Kirche, Quartiervereine, Clubs), die Sommerbars zur Belebung neuralgischer Orte (z. B. Ufschöttli), Polizeipatrouillen in den Quartieren nachts und an Wochenenden, das Reglement über die Nutzung des öffentlichen Grundes, die Neugestaltung des Vögeligärtli, die Anstellung des Sicherheitsmanagers, die Schaffung der Dienstabteilung Stadtraum und Veranstaltungen und vieles mehr zu diesen Massnahmen. Die Schlussfolgerung, dass dies letztlich alles nur reine Symptombekämpfung sei, teilt der Stadtrat nicht.

Das Programm SIP wurde 2005 vom Stadtrat mit dem Ziel ins Leben gerufen, Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum zu verbessern. Mit B+A 14/2008 vom 9. April 2008: „SIP (Sicherheit, Intervention, Prävention)“ wurde der definitiven Einführung von SIP zugestimmt. Mit dem B 41/2010 vom 29. September 2010: „Sparkpaket 2011“ wurde das Budget der SIP um Fr. 150'000.– auf aktuell noch Fr. 780'000.– pro Jahr reduziert. Trotz umgesetztem Sparziel bewährt sich der Einsatz der SIP nach wie vor. Sie trägt wesentlich zu einer besseren Sicherheit in den Brennpunktgebieten bei. Dies bestätigen u. a. die Luzerner Polizei sowie Anstösser (KKL, SGV usw.). Es ist festzuhalten, dass die SIP nachweislich bei gut 80 % der Interventionen erfolgreich ist.

Vergleichbare Einsatztruppen bestehen heute in vielen Städten (Basel, Bern, Biel, Uri, Zürich usw.). Auch haben in praktisch allen Schweizer Städten die Probleme im öffentlichen Raum in den letzten Jahren zugenommen. Gründe dafür sind unter anderem Liberalisierungen bei den Öffnungszeiten, die Zunahme von Take-away-Verkaufsstellen, bessere Verbindungen mit dem öffentlichen Verkehr rund um die Uhr sowie gesellschaftliche Veränderungen. In der Stadt Luzern haben beispielsweise in den letzten Jahren Probleme wie der übermässige Alkoholkonsum, insbesondere durch Jugendliche, Drogenkonsum, Littering, Lärm und Pöbeleien zugenommen.

Die Luzerner Polizei setzt bei allen polizeilichen Aufgaben und im ganzen Kanton, dazu zählt auch die Stadt Luzern, bei Brennpunkten entsprechende Schwerpunkte. So bei der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum wie auch bei der Kriminalität. Im Fokus der Einsatzstrategie der Luzerner Polizei steht wenn immer möglich das Agieren und nicht das blosses Reagieren. In diesem Sinn ist die Analyse der Kriminalitätssituation im Kanton und damit auch in der Stadt Luzern Kernaufgabe eines Spezialdienstes der Kriminalpolizei. Mit diesen Kriminalanalysen schafft die Kriminalpolizei Voraussetzungen, die es ermöglichen, eine Veränderung der Kriminalitätssituation, das heisst die Anhäufung spezifischer Aktivitäten bzw. Straftaten, frühzeitig sowohl örtlich wie auch zeitlich zu erkennen und an den neuralgischen Punkten zeitgerecht polizeilich handeln zu können.

In diesem Kontext legt die Luzerner Polizei einerseits Wert auf eine starke, örtlich angepasste, proaktive und präventive Polizeipräsenz, um im Nebeneffekt auch die Interventionszeiten bei Ereignissen tief zu halten und in kurzer Zeit bei besonderen Ereignissen Schwerpunkte bilden zu können. Andererseits werden erkannte Kriminalphänomene punktuell zu den relevanten Zeiten mit gemeinsamen koordinierten Spezialaktionen der Kriminal- und Sicherheitspolizei bekämpft. Sicherheitspolizeiliche Hot Spots werden mit personell verstärkten Einsatzelementen angegangen. Es liegt auf der Hand, dass die Luzerner Polizei bei ihrer Arbeit Prioritäten setzen muss. So werden schwere Delikte oder Delikte, welche die Sicherheitslage und die Ordnung zum Nachteil der Bevölkerung erheblich negativ beeinflussen, prioritär, also vor der Ahndung blosser Übertretungen ohne nachhaltige Folgen, angegangen. Es liegt in der Natur unserer Gesellschaft und unseres Staates, dass die Behörden immer wieder mit neuen Phänomenen und Herausforderungen konfrontiert sind. Nur allzu häufig wird dabei sehr rasch nach der Polizei gerufen, die dann die Probleme lösen soll. In aller Regel ist es aber so, dass Lösungen nur im Verbund verschiedener Akteure (z. B. präventive und soziale, repressive, bauliche bzw. gestalterische und den öffentlichen Raum reinigende Massnahmen) gefunden werden können. Dabei leistet die Polizei ihren Beitrag.

Zwar ist es korrekt, dass die Stadt mit der Polizeifusion die direkte Einflussnahme auf die Polizeiarbeit an den Kanton übergeben hat. Dem zusätzlichen Koordinationsbedarf mit dem Kanton wird jedoch mit anlässlich der Fusion ausgehandelten Massnahmen und Strukturen begegnet. Seit der Fusion der Stadt- mit der Kantonspolizei zur Luzerner Polizei wird der regelmässige Austausch zwischen der Stadt Luzern und der Polizei in diversen Gremien gepflegt. Auf der Ebene der Exekutiven finden regelmässige Sitzungen des Sicherheitsausschusses zwischen Stadt, Kanton (mit den jeweiligen Exekutivmitgliedern aus den Bereichen

Sicherheit und Soziales) sowie der Führung der Luzerner Polizei statt. Zudem besteht ein zweiwöchentlicher Rapport mit der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit (UVS) und dem Abteilungschef Sicherheitspolizei Stadt der Luzerner Polizei, der zusätzlich an den wöchentlichen Geschäftsleitungssitzungen der Direktion UVS teilnimmt. Mit der Arbeitsgruppe Sicherheit (Stelle für Sicherheitsmanagement, SIP, Strasseninspektorat, Stab Sozialdirektion und Luzerner Polizei) verfügt der Stadtrat über ein weiteres Vernetzungsgremium, das sich auf der operativen Ebene der sicherheitsrelevanten Themen annimmt. Dabei beschränken sich die Themen nicht ausschliesslich auf repressive Interventionen, sondern es werden auch bauliche oder soziokulturelle Aspekte besprochen. Diese Strukturen federn den Verlust an Bestimmungsmöglichkeiten ausreichend ab.

Die SIP hat ganz klar andere Aufgaben als die Polizei. Sie schliesst die bestehende Lücke zwischen Sozialarbeit und Polizei, hat aber keine polizeihoeitlichen Kompetenzen und kann aus rechtlichen Gründen auch keine Bussen aussprechen. Die SIP erfüllt Aufgaben, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizei gemäss § 1 des Gesetzes über die Luzerner Polizei fallen. Mit ihrem gezielten Einsatz an aktuellen Brennpunkten im öffentlichen Raum übernimmt die SIP aber eine wichtige Aufgabe zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls in Luzern. Auch die verstärkte Tätigkeit im Bereich der Jugendsuchtprävention im Sinne von Frühintervention erachtet der Stadtrat als wichtig. In einer Stellungnahme bestätigt die Luzerner Polizei, dass die SIP nicht die Polizei und die Polizei nicht die SIP ersetzen kann. Die SIP wählt anhand ihrer Aufgaben im öffentlichen Raum primär den sozialpräventiven und vermittelnden Ansatz und zieht die Polizei dann zu, wenn polizeihoeitliches Handeln nötig wird. Also füllt die Arbeit der SIP die Lücke dort, wo noch kein Rechtsgut gefährdet oder bereits verletzt worden ist oder Störungen der öffentlichen Sicherheit ohne strafbaren Hintergrund vorliegen, vermutet oder erwartet werden. Kurz gesagt überall dort, wo die Polizei gemäss ihrem Auftrag nicht zuständig ist bzw. die polizeilichen Mittel und Möglichkeiten nicht rechtskonform eingesetzt werden können, weil schlicht die Rechtsgrundlagen dazu fehlen.

Die SIP ist für den Stadtrat deshalb keine Alternative zur Polizei, sondern eine wertvolle und notwendige Ergänzung. Der Stadtrat vertritt die Haltung, dass Präventionsmassnahmen sinnvoller und kostengünstiger sind als der geforderte zusätzliche Einsatz der Luzerner Polizei.

Die in der Motion suggerierten Probleme im Bereich Sicherheit betreffen kantonales und Bundesrecht. Dieses hat eindeutig die Luzerner Polizei zu vollziehen und daher auch zu

finanzieren. Die Frage bezüglich Leistungseinkauf und Verrechnung von Busseneinnahmen stellt sich nach Ansicht des Stadtrates in diesem Zusammenhang daher für die Stadt gar nicht.

Der Stadtrat lehnt die Motion ab.

Stadtrat von Luzern

